

DER LINKE Landtags-Rundbrief

Ausgabe 7/September 2011



Liebe Leserin, lieber Leser,

hiermit erhalten Sie die aktuelle Ausgabe unseres Rundbriefs, mit dem wir über die Debatten und Beschlüsse der vergangenen Landtagssitzung informieren. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand diesmal der Doppelhaushalt 2012/2013. Ein unsozialer Haushalt, dessen Verfassungsmäßigkeit die Landesregierung nur mit Buchungstricks gewährleisten kann. DIE LINKE benannte bei dieser Debatte den wahren Hintergrund der Krise und der maroden Staatsfinanzen, nämlich die Umverteilung von unten nach oben zu Lasten von abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen. Beim Skandal um erhöhte Strahlungswerte und den Rückgang von Mädchengeburten rund um das atomare Zwischenlager in Gorleben zeigte sich die Landesregierung wenig einsichtig. Entgegen unserer Forderung, den Castortransport im November abzusagen, wollen die Verantwortlichen in Bund und Land ihn kompromisslos durchziehen. Ein absurder Beitrag zur Debatte kam abschließend von CDU und FDP, die per Plenumsbeschluss die Verfassungswidrigkeit der LINKEN feststellen lassen wollten. Dazu lässt sich nur eines anmerken: Wenn zufällige Mehrheiten in den Parlamenten bestimmen könnten, ob konkurrierende Parteien auf dem Boden der Verfassung stehen, wäre es um unsere Demokratie wirklich schlecht bestellt. Denn das ist keine politische, sondern eine juristische Frage, die sich nicht per Mehrheitsbeschluss beantworten lässt. Gleichzeitig verteidigt Innenminister Uwe Schünemann (CDU) die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung. Das massenhafte Speichern von Kontakt- und Bewegungsdaten allerdings ist tatsächlich ein Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, den wir LINKE vehement ablehnen und damit einmal mehr das Grundgesetz verteidigen.

Ihre Kreszentia Flauger

Sohn: Haushalt der Landesregierung ist unsozial und unsolide



Die Linksfraktion ist mit dem Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2012 und 2013 hart ins Gericht gegangen. Nur mit Buchungstricks und fragwürdigen Annahmen habe die Regierung den Haushaltentwurf verfassungskonform hinbekommen, bemängelte der haushaltspolitische Sprecher Manfred Sohn. Er nennt etwa den Erwerb von weiterem Stammkapital der Norddeutschen Landesbank, der ins kommende Jahr verschoben wurde. Im Landtag forderte Sohn die Landesregierung erneut auf, sich vom Doppelhaushalt für zwei Jahre zu verabschieden und zu Jahreshaushalten zurückzukehren. Es sei absehbar, dass sich der Landtag angesichts der drohenden Wirtschaftskrise und damit verbundenen sinkenden Steuereinnahmen ständig mit Nachtragshaushalten werde beschäftigen müssen.

Der Haushalt der Landesregierung enthält soziale Ungerechtigkeiten, wie skandalöse Streichungen bei der Kurzzeitpflege und viel zu wenig Geld für notwendige Krankenhaussanierungen. Der Entwurf ignoriert den Elternwillen bei der freien Schulwahl. Obwohl

jedes vierte Kind in Niedersachsen von einer Integrierten Gesamtschule abgewiesen wird, geben CDU und FDP lieber 10 Millionen Euro für die Oberschule, anstatt Gesamtschulen zu fördern.

Manfred Sohn prangerte einmal mehr die massive Umverteilung von unten nach oben als die wahre Krisenursache an. Das Ergebnis seien Lohnabbau, prekäre Beschäftigung, ein hoch verschuldeter Staat und andererseits wenige Superreiche, die ihr Vermögen an den Finanzmärkten anlegen. So entstehen Vermögensblasen, die irgendwann platzen. Die Reichen müssten endlich zur Kasse gebeten werden, mahnte Sohn. Er forderte, die Vermögenssteuer wiederzubeleben, eine Großerbensteuer, höhere Spitzensteuersätze und eine Steuer auf Finanztransaktionen. Auch müssten Steuern konsequent eingetrieben werden, es mangle etwa an Betriebsprüfungen und Steuerfahndern. 600 Millionen Euro an Steuereinnahmen lässt sich das Land Niedersachsen jedes Jahr entgehen, vor allem, weil rund 1300 Vollzeitstellen in den Finanzämtern fehlen.

Humke: Sozialcard soll Mobilität und Teilhabe ermöglichen



Um Arbeitslosen und Geringverdienern die kostengünstige Nutzung von Bussen und Bahnen und die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, hat die Linksfraktion beantragt, in Niedersachsen eine Sozialcard einzuführen. Viele Kommunen sehen sich bisher nicht in der Lage, aus eigener Kraft verbilligte Fahrscheine für den Nahverkehr anzubieten. Andere haben zwar ein Sozialticket für den Öffentlichen Nahverkehr aufgelegt, der berechnete Personenkreis und die Preise für die Fahrscheine unterscheiden sich jedoch erheblich.

Die Konzepte für das Sozialticket oder die Sozialcard reichen von einfachen Sozialtarifen beim Nahverkehr bis zu einem Teilhabepass, zu dem auch vergünstigte Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen und kostenfreie Vereinsmitgliedschaften für Kinder und Jugendliche gehören. Die Linksfraktion will mit ihrem Antrag analog zu Brandenburg eine attraktive und einheitliche Lösung für das gesamte Land Niedersachsen erreichen.

Damit die Sozialcard für die Berechtigten bezahlbar ist, soll sie nicht mehr als 18,50 Euro pro Monat kosten, was dem Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität entspricht. Das Land soll 60 Prozent der Kosten übernehmen, damit die Einführung vor Ort nicht am Geld scheitert. Weil die Verkehrsverbände in Niedersachsen mit der Sozialcard neue Kunden gewinnen würden, rechnet der linke Sozialpolitiker Patrick Humke sogar mit möglicherweise steigenden Einnahmen für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr. Damit könne man auch das Problem des Schwarzfahrens angehen, betont Humke. Außerdem soll die Landesregierung den Kommunen empfehlen, für öffentliche Einrichtungen wie Theater, Schwimmbäder und Sportvereine einen Minimaltarif und eventuell freien Eintritt für Sozialcard-InhaberInnen einzuführen. Da viele öffentliche Einrichtungen nicht ausgelastet sind, bekämen sie so zusätzliche BesucherInnen, die bisher wegen ihrer sozialen Situation weitgehend vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind.

König: Verbraucher vor Gen-Lebensmitteln schützen!



Um die Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor gentechnisch veränderten Produkten zu schützen, hat die Linksfraktion einen weitreichenden Antrag in den Landtag eingebracht. Bisher müssen etwa Lebensmittel nicht gekennzeichnet werden, die von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Bislang gingen Fachleute davon aus, dass diese Lebensmittel kein gentechnisch verändertes Erbgut enthalten. Jüngste Studien kommen aber zu anderen Ergebnissen und weisen Genfragmente von gentechnisch veränderten Pflanzen in Milch und Fleisch nach. Im linken Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei Bundesregierung und Europäischer Union dafür einzusetzen, diese Kennzeichnungslücke zu schließen.

Hersteller können in Deutschland darauf hinweisen, dass ihre Produkte „ohne Gentechnik“ erzeugt wurden. Die Linksfraktion begrüßt diese Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung von Lebensmitteln zwar grundsätzlich. Sie kritisiert aber, dass die Kennzeichnung suggeriert,

das Lebensmittel wäre komplett ohne Gentechnik hergestellt worden – doch das ist nicht immer der Fall. Bei „ohne Gentechnik“-Produkten sind Futtermittelzutaten und Zusatzstoffe, die durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen hergestellt wurden, erlaubt. Beispiele sind das Vitamin B2 und der Geschmacksverstärker Natriumglutamat. Der Einsatz so gewonnener Enzyme, Aminosäuren oder Vitamine ist in der Tierfütterung und bei der Lebensmittelverarbeitung verbreitet.

DIE LINKE fordert deshalb, alle Zusatzstoffe und technische Hilfsstoffe von Lebens- und Futtermitteln regelmäßig auf Verträglichkeit zu prüfen. Bei möglichen Unverträglichkeiten sollen die Produkte gekennzeichnet und bei starken Unverträglichkeiten mit einer Warnung versehen werden. Die sogenannte Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Organismen, die nicht in der EU zugelassen sind, dürfe keinesfalls aufgeweicht werden, heißt es weiter. Anbau und Verarbeitung von Gentechnik-Pflanzen müsse in Niedersachsen Tabu sein.

Herzog: Erhöhte Strahlung in Gorleben könnte Castortransport kippen



Das provisorische Entsorgungskonzept der Bundesregierung für Atommüll bekommt weitere Risse. Da der Grenzwert für radioaktive Strahlung am Zwischenlager in Gorleben überschritten wird, fordert die Opposition von der Landesregierung, dem geplanten Castortransport im November nicht zuzustimmen. Ohne einen verbesserten Strahlenschutz darf die Lagerhalle keine weiteren Behälter mit Atommüll mehr aufnehmen – obwohl das Lager erst zu einem Viertel gefüllt ist. Am fraglichen Messpunkt hatte der vom Umweltministerium beauftragte Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz einen Halbjahreswert für Neutronenstrahlung ermittelt, der hochgerechnet eine Überschreitung des Jahresgrenzwerts erwarten lässt. Erst eine journalistische Recherche brachte die Messergebnisse ans Tageslicht. Die festgestellte Neutronenstrahlung ist die gefährlichste aller Strahlungen. Sie kann mehrere Kilometer weit wirken und ist zwanzigmal so zerstörend wie Röntgenstrahlung. Schließlich wurde

bekannt, dass die Betreibergesellschaft des Zwischenlagers versucht hatte, durch Umstellen der Castoren die Strahlung außerhalb der Halle wieder knapp unter die Grenzwerte zu drücken – wieder ohne die Öffentlichkeit zu informieren. Der Umweltexperte der Linksfraktion, Kurt Herzog, verlangt von Umweltminister Hans-Heinrich-Sander (FDP) Aufklärung, wie es zu diesen skandalösen Vorgängen kommen konnte. Herzog warnt Landesregierung und Atomindustrie davor, weitere Einlagerungen durch Tricks und Manipulationen zu ermöglichen. Der Betreibergesellschaft wirft er vor, zu hohe Werte für die natürliche Umgebungsstrahlung anzunehmen. Wenn in Gorleben die Werte für die Umgebungsstrahlung der Physikalisch Technischen Bundesanstalt zu Grunde gelegt würden, wären die Grenzwerte am Zwischenlager schon seit Jahren überschritten, mahnt Herzog. Er kritisiert, dass man sich immer noch auf die Vorgaben der atomfreundlichen internationalen Atomenergiebehörde verlasse, die die Gefahr von Niedrigstrahlung verharmlose.

Zimmermann: Land soll Flüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen



Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Libyen kämpfen nach wie vor Flüchtlinge aus Nordafrika um ihr Leben. Fast täglich zeigen Fernsehbilder von der italienischen Insel Lampedusa hunderte von Flüchtlingen auf viel zu kleinen klapprigen Booten. Die Menschen können froh sein, wenn sie die Insel lebend erreichen. Hunderte, wenn nicht gar tausende ihrer Leidensgefährten sind durch Ertrinken oder Verdursten im Mittelmeer zu Tode gekommen. Teilweise wurden die Flüchtlingsboote zurückgeschickt. Erst dann wurden sie manövrierunfähig, zerschellten an Klippen oder sanken im Sturm.

Die Festung Europa macht die Schotten dicht, obwohl die weitaus meisten Flüchtlinge gar nicht in Europa bleiben wollen. Viele wollen in ihre Herkunftsländer zurück und suchen vorübergehenden Schutz bis zur Rückkehr. Pia Zimmermann, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, hat vor diesem Hintergrund erneut gefordert, dass sich das Land Niedersachsen in Abstimmung mit der Bundesregierung an

der Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen beteiligt.

Die Linksfraktion hatte bereits im Frühjahr einen entsprechenden Antrag gestellt. Passiert ist seitdem nichts, obwohl das Land mit dem Grenzdurchgangslager Friedland über die notwendige Infrastruktur verfügt. „Das ist angesichts der Not der vielen Menschen ein Armutszeugnis für die Mehrheit dieses Hohen Hauses“, sagte Zimmermann im Landtag. Sie verwies auf das Land Sachsen-Anhalt. Dort hat der Landtag beschlossen, seinen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten.

Ein praktisches Zeichen gegen das tödliche EU-Grenzregime setzt am 15. Oktober die Initiative „Schiffe der Solidarität – das Sterben im Mittelmeer stoppen“. Die Initiative will Flüchtlinge und MigrantInnen auf dem Weg nach Europa durch Eingreifen vor Ort unterstützen. Durch die vielen Krisen, vor allem in Afrika, sind weltweit derzeit 43,7 Millionen Menschen auf der Flucht.